Der Rat der Stadt Lippstadt hat aufgrund des gesetzlichen Ermächtigungen: 1. des § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1974 (GV. NW. 1975 S. 91). zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. April 1975 (GV. NW. S. 304) 2. des § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1976 (BGB1. I S. 2256) 3. des § 103 Abs. 1 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Januar 1970 (GV. NW. S. 96), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1976 (GV. NW. S. 264) in Verbindung mit § 4 der 3. Verordnung zur Änderung der 1. Verordnung zur Durchführung des BBauG vom 21. April 1970 (GV. NW. S. 299) den planungsrechtlichen Teil des in seiner Sitzung vom Bebauungsplanes gemäß § 10 BBauG und die Gestaltungsvorschriften gemäß § 103 BauO NW als Satzung beschlossen. Zeichenerklärung gemäß Planzeichenverordnung vom 19. Januar 1965 (BGBI. I. S. 21) (DIN 18003) a) FESTSETZUNGEN Reines Wohngebiet gemäß § 3 BauNVO Zugelassen sind Wohngebäude (§ 3 (2) BauNVO) Ausnahmsweise sind kleine Betriebe des Beherbergungsgewerbes zugelassen (§ 3 (3) BauNVO) Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO Zugelassen sind gem. (§ 4 (2) BauNVO) 1) Wohngebäude, 2) die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe, Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke. (3) Ausnahmsweise können zugelassen werden: gem. (§ 4 3) BauNVO) Betriebe des Beherbergungsgewerbes Zahl der Vollgeschosse, zwingend Die Baugenehmigungsbehörde kann im Einzelfall gemäß § 17 Abs. 5 BauNVO von der vorgeschriebenen Zahl der Vollgeschosse eine Ausnahme um ein Geschoß zulassen, wenn die Geschoßflächenzahl nicht überschritten wird und durch die Erteilung der Ausnahme die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes nicht beinträchtigt werden kann Grundflächenzahl) Das höchstzulässige Maß der baulichen Nutzung wird durch) § 17 Baunutzungsverordnung bestimmt, soweit es nicht) durch die im Plan dargestellten überbaubaren Grundstücks-Geschoßflächenzahl) flächen eingeschränkt wird. Offene Bauweise gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BBauG und § 22 BauNVO Baulinie gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BBauG und § 23 BauNVO Baugrenze Überbaubare Grundstücksflächen. Die überbaubare Grundstücksflächen ergeben sich durch die gemäß § 23 BauNVO festgesetzten Baulinien und Baugrenzen in Verbindung mit der Verordnung über Gebäudeabstände und Abstandsflächen (Abstandsflächenverordnung) vom 20. März 1970. Nicht überbaubare Grundstücksflächen Straßenbegrenzungslinie Bürgersteig Straßenverkehrsfläche. Die innere Aufteilung - Fahrbahn Straßenbegleitgrün der Straßenverkehrsfläche ist unverbindlich Bürgersteig Fußweg Zu pflanzende Bäume Bepflanzungsstreifen - lückenlos zu pflanzende Bäume und Sträucher gem. § 9 Abs. (1) Nr. 25 a BBauG Versorgungsflächen gem. § 9 Abs. (1) Nr. 12 BBauG - Trafostation Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser gem. § 9 Abs. (1) Nr. 14 BBauG - Pumpwerk Grünflächen gem. § 9 Abs. (1) Nr. 15 BBauG Kinderspielplatz Parkanlagen Flächen mit Bindung für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BBauG Vorhandener oder zu erhaltender Baumbestand Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung gem. § 16 Abs. 4 BauNVO Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes. Die Mindestgröße der Baugrundstücke beträgt 800 qm. b) GESTALTUNGSVORSCHRIFTEN Dachneigung 2) Hauptfirstrichtung ←→→ 3) Die Fassaden sind in Mauerziegel zu verblenden. Teilweise können Flächen in Putz, Holz, Sichtbeton oder Verschieferung zugelassen werden. 4) Zulässige Drempelhöhe bei eingeschossigen Bauten max. 0,75 m. Bei zweigeschossigen Bauten ist kein Drempel zugelassen. 5) Dachaufbauten sind nur bis zu 1/3 der Gebäudelänge gestattet. 6) Einfriedigungen dürfen nur aus Zäunen mit lebender Hecke bis zu 1 m Höhe bestehen. C) NACHRICHTLICH Gebäudebestand Flurstücksgrenzen Flurstücksnummern abzubrechende Gebäude Vorgesehene Grundstücksteilung Vorgeschlagene Hausstellung Wasserlauf Sichtflächen - sie sind von jeglicher Sichtbehinderung ab 0,70 m über Fahrbahnoberkante freizuhalten. d) INKRAFTTRETEN Diese Satzung tritt mit dem Tage nach der ortsüblichen Bekanntmachung der

Genehmigung durch den Regierungspräsidenten sowie von Ort und Zeit der

'Kühlige Ost'

Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes werden gemäß § 7 (6) BBauG folgende

Für Baulinien, Baugrenzen und andere Begrenzungslinien, die zahlenmäßig nicht

festgelegt sind, ist die zeichnerische Darstellung des Planes maßgebend.

öffentlichen Auslegung in Kraft.

Pläne aufgehoben:

Bebauungsplan Nr. 10

e) AUFZUHEBENDE BEBAUNGSPLÄNE

Geometrische Eindeutigkeit

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung) vom 19. Januar 1965 (BGBl. I S. 21). Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrischen

Der Stadtdirektor Lippstadt, den ____14.11.1977 gez. i.A. Hagemann

Aufstellungsbeschluß

die Aufstellung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

Städt. Obervermessungsrat

Der Stadtdirektor Lippstadt, den ___6.12.1977 gez. Herhaus

Öffentliche Auslegung

Der Rat der Stadt Lippstadt hat in seiner Sitzung vom ______ 28.6.1977 _____ dem Entwurf dieses Bebauungsplanes und seiner Begründung zugestimmt und seine Auslegung beschlossen. Der Entwurf dieses Bebauungsplanes und die Begründung haben auf Grund der öffentlichen Bekanntmachung vom gemäß § 2a Abs. 6 BBauG vom <u>8.8.1977-12.9.1977</u> öffentlich ausgelegen.

Der Stadtdirektor Lippstadt, den 6.12.1977 gez. Herhaus

Satzungsbeschluß

Lippstadt, den <u>6.12.1977</u>

Der Rat der Stadt Lippstadt hat in seiner Sitzung vom 14.11.1977 den planungsrechtlichen Teil dieses Bebauungsplanes gemäß § 10 BBauG und die Gestaltungsvorschriften gem. § 103 BauO NW als Satzung beschlossen.

Schriftführer Der Bürgermeister Ratsmitglied gez. Dr. Christ gez. Schuhl gez. Kröger

Genehmigung

2. 2. 1978 Dieser Bebauungsplan ist gemäß § 11 BBauG mit Verfügung vom _ worden. Der Regierungspräsident

Arnsberg, den 8.2.1978 gez. Ludwig - Kraft

Inkrafttreten

Die Genehmigungsverfügung des Regierungspräsidenten sowie Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung dieses genehmigten Bebauungsplanes sind gemäß § 12 BBauG am 23.2.1978 öffentlich bekanntgemacht worden. Am Tage nach dieser Bekanntmachung in der Hauptsatzung der Stadt Lippstadt hierfür bestimmten Tageszeitung tritt dieser Bebauungsplan in Kraft. Der Bürgermeister Lippstadt, den _____24.2.1978 gez. Dr. Laumanns



Übersichtsplan M.1:5000

Städtebauliche Planung

Lippstadt, den 10.3.1977

Baudezernet

Stadtplanungsamt

gez. Rieber Techn. Beigeordneter

gez. Hagemann Leiter des Planungsamtes

BAD WALDLIESBORN - STADT LIPPSTADT BEBAUUNGSPLAN NR. 16 , Kühlige



Bebauungsplan : Bad Waldliesborn Nr. 16 Kühlige

Plan-Nummer

Blatt

Der Bebauungsplan besteht aus 2 Blättern



04. 016 - 0